

Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Verlag Heinz Fahrenbrach, Düsseldorf 100, Tannenstr. 33, Telefon 32423 + Druck und Versand Joh. van Aken, Crefeld, Luth. Kirchstr. 65, Telefon 4692 + Bestellungen durch die Post für den Monat 1.—M.

Nummer 22

Düsseldorf, den 30. Mai 1925.

Jahrgang 1925

Freie Botschaft.

Nach langem, bangem Wintersehnen
Willkommen, heller Frühlingsklang!
Nun rührt der Saft sich in den Zweigen,
Und in der Seele der Gesang.
Es wandelt unter Willendäumen
Die Hoffnung übers grüne Feld;
Ein wunderbares Zukunftsträumen
Fließt wie ein Segen durch die Welt!

So wies denn ab, was mit Beschwerden,
O Seele! dich gefesselt hielt;
Du sollst noch wie der Vogel werden,
Der mit der Schwing' im Blauen spielt.
Der aus den kahlen Dornenhecken
Die rote Rosen blühend schafft,
Er kann und will auch dich erwecken
Aus diesem Leid zu junger Kraft!

Und sind noch dunkel deine Pfade,
Und drückt dich schwer die eigne Schuld;
O glaube, größer ist die Gnade
Und unergründlich ist die Huld!
Laß nur zu deines Herzens Toren
Der Pfingsten vollen Segen ein,
Getrost, und du wirst neugeboren
Aus Geist und Feuerflammen sein!

Emmanuel Geibel.

Des Pfingstfestes Allgewalt.

„Da entstand plötzlich vom Himmel ein Brausen,
gleich dem eines dahinfahrenden gewaltigen
Windes, und erfüllte das ganze Haus, wo die
Apostel saßen. Und es erschienen ihnen zerteilte
Zungen wie Feuer, und sie ließen sich auf
einem jeden von ihnen nieder.“

So lehrt uns die Apostelgeschichte. Im Zeichen der
Macht erscheint das Christentum. Sturm und Feuer sind die
Motive des hl. Geistes. An Stürmen fehlt es auch in
jeder Zeit wahrhaftig nicht. Auch heute noch tobt die
Bündnisbrand durch alle Länder. Es scheint fast so, als ob
für das Christentum niederreichend und zerstörend sei,
was ist sie aber in Wirklichkeit nicht.

Das Christentum steht auch heute noch mächtig und
gesichert da. Es bereitet sich heute ein neues Pfingstfest
das Christentum vor wie mit unwiderstehlicher Gewalt.
Das gilt auch für die einzelnen Stände. Insbesondere für die
christliche Arbeiterschaft. Halten wir nur treu zusammen,
und wir werden im Sturmgebraus des hl. Geistes die Welt
Christus erneuern. Das hl. Pfingstfest soll uns ganz be-
sonders mit dem Zauber der Liebe und Eintracht umgeben.
Am wird diese Liebe zum Sturmgebraus im Kampf gegen
jegliche Widerfächer.

Diese Liebe spricht aber auch wie mit feurigen Jun-
gen! Die Sprache des hl. Geistes ist eine Sprache der
Wahrheit. Nur der Wahrheit und Liebe gehört der
Segen! Das gilt für die Offenbarung Gottes wie auch für
die sozialen und politischen Kämpfe der Gegenwart. Mit
feurigen Jungen spricht diese Wahrheit in Kirche und
Welt, im öffentlichen und privaten Leben, und sie wird
durchgehen in Kopf und Herz auch im heutigen Wider-
streit der Meinungen.

Freilich, auch die Lüge ist eine Macht. Wie furchtbar ist
ihre heute ihre zerstörende Wirkung! Aber je mehr sie
hervorragt aus ihren Schlupfwinkeln, desto sicherer und
stiller ist ihr Untergang.

Die feurige Sprache des hl. Geistes ist eine Sprache
der Gerechtigkeit. Vielleicht noch nie hat sich diese
Sprache so mächtig erwiesen, als wie heutzutage. Wie mit
Feuer verzehrt sie das viele Unrecht, das im Völkerver-
leben anhäuft: Sklaverei und Unterdrückung von Frau und
Kind, Unrecht in den Lebensbedingungen des arbeitenden
Volkes, Unrecht im Staats- und Völkerverleben. Bald lodert
das Feuer des hl. Geistes mächtig empor, bald glimmt
es nur unter der Asche, aber es erlischt nie.

Die feurigen Jungen des hl. Geistes sprechen im Opfer-
geist, in der Liebestätigkeit des christlichen Volkes. Diese
Sprache geht überall zu Herzen. Still und verborgen, aber
mit allem Beständigem erobert sie die Welt. Die Liebes-
kraft feiert ihr Pfingstfest in den Urwäldern und Sand-
steinen, ebenso wie im Gewirr unserer Industrie- und Groß-
städte. Das Pfingstfest ist da mit Sturmgebraus. Es
spricht mit feurigen Jungen.

Gedenkblätter zur deutschen Sozialreform.

Die Nachkriegszeit ist eine Periode lebhafter Memoiren-
schilderung. Sie dient im wesentlichen der Rechtfertigung
derjenigen, die im Brennpunkt des weltgeschichtlichen Ge-
schehens in den denkwürdigen Jahren 1914 bis 1918 gestanden
haben und befaßt sich zur Hauptsache mit den Ereignissen der
Kriegsführung, Politik und Kriegswirtschaft. Eine Ausnahme
in dieser Memoirenliteratur machen die „Sozialpolitischen
Erfahrungen und Erinnerungen“, die soeben
Hans Freiherr von Berlepsch als Gedenkblätter eines
mehr denn Achtzigjährigen im Volkswirtschafts-Verlag in W.-
Gladbach herausgegeben hat.

Mit dem Namen des ehemaligen Handelsministers von
Berlepsch ist für ewig ein bedeutungsvolles Stück deut-
scher Sozialreform aus dem Ende des vorigen Jahr-
hunderts verknüpft. Für eine solche aktive Teilnahme an
der Gestaltung des großgewerblichen Wirtschafts- und Arbeiter-
lebens schien von Berlepsch weniger prädestiniert zu sein. Seine
Eltern entstammten beide dem Kreis-ländlicher Grundbesitzer.
Sein Vater war königlich sächsischer Staatsbeamter und
trotz dem damals durchgängig vorherrschende konservative
politische Meinung der höhern Beamten, die im allgemeinen
in der Politik nur zwischen konservativ und liberal zu unter-
scheiden pflegten. Von Sozialpolitik und Arbeiterfrage war
nicht die Rede in einer Zeit, wo die Entwicklung zur Groß-
industrie noch nicht begonnen hatte. Mit dieser selbst kam
der Sohn von Berlepsch in Berührung, als er Anfang der
70er Jahre Landrat des Kreises Rattowitz in Oberschlesien
wurde. Bemerkenswert sind seine Äußerungen über die trau-
rige Lage der dortigen polnischen und halbpolnischen Industrie-
bevölkerung, zwischen der und der Lage der westlichen In-
dustriearbeiter einen Unterschied zugunsten der letzteren zu ziehen
er Gelegenheit fand, als er 1884 Regierungspräsident des Be-
zirks Düsseldorf wurde.

Diese überragte jene „nicht nur an Zahl, sondern auch an
Intelligenz, Willenskraft und Leistungsfähigkeit um ein be-
deutendes“. Starke Eindrücke machten hier auf ihn der erste
große Bergarbeiterstreik im Ruhrrevier Anfang 1889 sowie
die Wirkungen des sogenannten Sozialistengesetzes vom 21.
Oktober 1878. Im Oktober 1889 wurde von Berlepsch Ober-
präsident der Rheinprovinz. Als er damals aus seinem Düsseldorf-
er Amt scheidet, geschah dies, wie er eindrucksvoll betont,
„mit erheblich veränderter Anschauung über die
Arbeiterfrage gegen die, welche ich von meinem ober-
schlesischen Landratsamt mitgenommen hatte. Es war mir
durch unmittelbare Berührung mit der Arbeiterbewegung unserer
Zeit mit zwingender Gewalt klar geworden, daß es sich bei
ihm um eine jener großen historischen Bewegungen handelt, die
nicht mit Gewalt zu unterdrücken sind, die in ihrem innersten
Kern eine starke Berechtigung haben, so daß sie sich im Laufe
der Zeit unfehlbar durchsetzen würden, daß die Aufgabe des
Staatsmannes ihr gegenüber nur in sorgfältigster Untersuchung
der Gründe ihrer Entstehung und im Auffuchen der Wege be-
steht, sie nicht zum reißenden Strom werden zu lassen, der auch
das zerstört, was die Vergangenheit uns an kostbaren Gütern
überliefert hat, und in dem Bestreben, die Arbeiterschaft einzu-
ordnen in den Organismus des Staates und der Gesellschaft
als ein für das Gemeinwohl fruchtbares Glied.“ — Zu dem
Beamten geistliche ich der warmherzige Sozial-
reformer von Berlepsch.

Nach diesen Jahren sozialpolitischen Erlebens folgten die
Jahre politischen Schaffens als Minister vom
Februar 1890 bis Juli 1896. Wilhelm II. gab am 4. Fe-
bruar die sozialpolitischen Erlasse, die ein Bekenntnis zur
eine Fortführung der sozialpolitischen Gesetzmäßigkeit bedeuteten,
bekannt, und von Berlepsch sollte ihr Vollstrecker sein. Er
gedenkt mit hoher Anerkennung derjenigen Männer, die ihm
bei diesem Werke Mitarbeiter und Helfer waren. Im preu-
ßischen Staatsministerium fand von Berlepsch zunächst keinen
Widerstand, auch nicht beim damaligen Reichskanzler von
Caprivi. Später änderte sich jedoch, wie er besonders bemerkt,
die Stimmung in dem inzwischen anders zusammengesetzten
Staatsministerium zu Berlepsch Ungunsten. Sie wurde immer
ablehnender gegen seine Pläne zur energischen Fortführung der
sozialen Reform, und als von Berlepsch unter der Kanzler-
schaft des Fürsten Hohenlohe, der ein Gegner energischer staat-
licher Eingriffe zugunsten der Verbesserung der Lage der Ar-
beiterfrage war, entsprechende Forderungen stellte, deren Ver-
weigerung ihn nötigen würde, seinen Abschied zu nehmen, stand
er allein.

Am 26. Juni 1896 nahm von Berlepsch seinen Abschied. Mit
seinem Namen wird die erste umfassende sozialpolitische Ge-
setzgebung, nämlich die Arbeitergesetzgebung vom 1. Juli 1891,
bei der er, wie auch bei andern weiteren Maßnahmen, die be-
sondere Unterstützung der Zentrumspartei erfuhr, für immer
verbunden sein. Von seinen offenen und geheimen Gegnern
wurde von Berlepsch besonders seine Absicht verdacht, eine Or-
ganisation der Arbeiter zur Vertretung ihrer Interessen im
Sinne der Februarerlasse und eine Regelung der rechtlichen
Stellung der Berufsvereine herbeizuführen. Die Schilderung
der Art, wie man es seitens dieser betrieb, mißliebige Minister

„kleingubekommen“, verdient auch heute noch als ein Beitrag
zur Geschichte des Obrigkeitsstaates alle Beachtung.

Als Privatmann setzte dann von Berlepsch das Werk
fort, das er als Minister begonnen, nämlich seiner Anschau-
ung über die Ausgestaltung der sozialen Reform praktisch
Gestalt zu geben. Als Sprachrohr schuf er für sich und seine
Bestrebungen, wirkungsvoll dabei auch unterstützt durch sozial
Interessierte aus dem katholischen Lager (Franz Brandts,
Prof. Häge), die heute noch bestehende „Soziale Praxis“.
Auf seine Anregung erfolgte 1900 die Gründung der „Inter-
nationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz“, als deren
nationale Sektion heute noch die 1901 errichtete Gesellschaft
für soziale Reform besteht, als deren erster Vorsitzender
von Berlepsch bis Ende Januar 1920 fungierte. Hier fand
von Berlepsch eine Stelle fruchtbarer theoretischer und prak-
tischer Schaffens, wobei ihm weitere Auseinandersetzungen
mit seinen Auffassungen Abgeneigten nicht erspart blieben.
In seinem Abschiedsbriefe bedauert von Berlepsch, daß seinen
und seiner zahlreichen Freunde sozialpolitischen Bemühungen
der ersahnte Erfolg nicht immer beschieden gewesen sei. „Lei-
der nicht“, so bemerkt er, und er fährt fort: „Ich bin der
festen Überzeugung, daß, wenn die in Politik und Wirtschaft
maßgebenden Kreise in Zeiten des Friedens und der Ordnung
den berechtigten Forderungen der Arbeiter und Angestellten
entgegengetreten wären, wir nach Beendigung des Krieges
nicht in dieses politische und wirtschaftliche Chaos geraten
wären, an dem unser Vaterland jetzt zu Tode erkrankt ist.“

Die Schilderungen, die von Berlepsch von der „Lage
der Lohnarbeiter Ende vorigen und Anfang dieses
Jahrhunderts“ entwirft sowie die Folgerungen, die er daraus
zieht, sind kennzeichnend für den Menschen, Sozialpolitiker
und Staatsmann von Berlepsch. Im wiederholt wiederholten
erweist er sich hier als viele seiner Zeitgenossen, die aus den
Vorurteilen nicht heraus konnten und es versäumten, die in
der sozialistischen Arbeiterbewegung sich kundgebenden revo-
lutionären Neigungen in reformatorische zu verwandeln! Pro-
grammatisch erklärt er: „daß den Anforderungen der Kultur
unserer Zeit wie der Sicherheit der staatlichen und gesellschaft-
lichen Ordnung nicht genügt wird, wenn nur der Buchstabe des
Gesetzes rechtliche und politische Gleichheit gibt, sondern daß
hierzu erforderlich ist, allen Bürgern des Staates auch soziale
und wirtschaftliche Gleichberechtigung zu gewähren, die die
Gelegenheit schafft, sich als Mensch und Bürger seinen Tätig-
keiten entsprechend zu entwickeln und zu betätigen“. Worte,
die auch heute noch, nachdem die rechtliche Eingliederung der
Arbeitnehmer in die Volksgemeinschaft auf dem Wege des
Volkstaates erfolgt ist, alle Beachtung finden sollten. Denn
die tatsächliche fehlt vielfach noch.

Mit dem durch den Kriegsverlust, die Revolution sowie
den Übergang zum Volksstaat erfolgten radikalen Umsturz
befaßt sich von Berlepsch in dem Schlussskapitel. Der drohende
Zusammenbruch der Wirtschaft, wirtschaftliches Elend mit seinen
demoralisierenden Folgen sowie der Umstand, daß die in der
Sozialdemokratie organisierte Arbeiterschaft, teilweise zur herr-
schenden Bevölkerungsschicht geworden ist, gibt die Notwendig-
keit, der sozialen Reform andere als die bisher gemandelten
Wege zu weisen. — Hebung der Wirtschaft, Vermehrung, Ver-
besserung und Verbilligung der Gütererzeugung seien allen
andern Problemen der innern Politik zurzeit voranzustellen.
Zwischen den Bedürfnissen der Wirtschaft und
der nach wie vor notwendigen Sozialpolitik
ist ein Ausgleich zu schaffen. „Der Lohnarbeiter
muß sich als gleichberechtigter Staatsbürger fühlen können
und als solcher anerkannt sein, weil ohne dies Gefühl an
seiner willigen, neuerlich als notwendig empfundene Mitarbeit
an der Wiederaufrichtung der deutschen Wirtschaft nicht zu
denken ist, und weil ohne seine Mitarbeit diese Wiederauf-
richtung nicht gelingen kann.“ Unter diesen programmatischen
Gesichtspunkten äußert sich von Berlepsch zu den Problemen
der Arbeitszeit, der Wirtschaftsdemokratie, der Sozialisierung,
der Stellung des Beamten im Volksstaat, der zentralen
Arbeiterschaft. Zu dieser mühten sowohl Arbeitnehmer
als auch Arbeitgeber eine viel intensiver, hingebendere Ein-
stellung finden, wenn die Wiederaufrichtung des deutschen
Volkes gelingen soll. Von Berlepsch glaubt mit einer starken
Dosis von Optimismus an dieses Ziel. „Ein großes
Volk, das den Willen zum Leben hat, wird auch
das Leben behalten“, in diese Worte klingen Hans
Freiherrn von Berlepschs Erinnerungen aus.

Von allen denjenigen, die das große Werk der Auf-
richtung der deutschen Sozialreform, insbesondere der Einglie-
derung der deutschen Arbeiterschaft in die Volksgemein-
schaft nicht miterlebt haben, oder denen es in seiner ganzen
Größe nicht aufgegangen ist, sollten die Erinnerungen gelesen
und durchgedacht werden. Das Werk wird dann eine ganz
andere Wertschätzung finden, als wie es vielfach der Fall ist.
Die Freude an der Sozialreform wird dann
wieder wachsen und mit ihr der Wille, der Wirt-
schaft zu geben, was der Wirtschaft frommt.
H. B.

35 Jahre Gesamtverband evangelischer Arbeitervereine Deutschlands.

Dreizehnhalb Jahrzehnte sind vergangen, seit dem der Wunsch der evangelischen Arbeitervereine zum Zusammenschluß Wirklichkeit wurde. Im Anschluß an den zu Pfingsten 1890 tagenden ersten evangelisch-sozialen Kongreß wurde der Gesamtverband der evangelischen Arbeitervereine Deutschlands gegründet. Bereits einige Jahre vorher bestanden hier und da einzelne Vereine, und seit 1884 auch im Rheinland und Westfalen ein Provinzialverband.

Es galt damals vor allem gegenüber dem nach Aufhebung des Sozialistengesetzes sich hemmungslos ausbreitenden internationalen und antichristlichen Marxismus einen Damm entgegenzusetzen. Darum auch von Anfang an die klare Parole: „Fürchtet Gott. — Ehret den König. — Habt die Brüder lieb.“ Die Entwicklung ist dann im weiteren Verlauf durch mancherlei Einflüsse äußerer und innerer Art zum Teil stark gehemmt worden; wir nennen die nach dem hoffnungsvollen Anfang der sozialen Bewegung des Kaisers einsetzende soziale Reaktion, die Ära Sturm, das bekannte Kaisertelegramm: „Christlich-sozial ist Unjinn“, der Erlaß des Evangelischen Oberkirchenrats vom 1895; dazu Auseinandersetzungen innerhalb der Bewegung zwischen der sogenannten Buchumer- und der Naumannschen Richtung. Doch trotz allem (oder gerade deswegen?) ging die Bewegung gut voran und konnte zu Anfang des Krieges auf die stattliche Mitgliederzahl von 200.000 in 20 Landesverbänden mit 30 Berufsarbeitern zählen. Kriegs- und Nachkriegszeit hat hier, wie auch in anderen Organisationen, einigen Schaden angerichtet. Doch bereits regt sich wieder neues Leben; Wille zum Auf- und Ausbau ist im stärksten Maße vorhanden. Neben innerer Festigung konnte in der letzten Zeit auch äußerlich guter Fortschritt verzeichnet werden. Seit dem 1. Januar d. J. besteht jetzt in Berlin eine Zentralfstelle: das Generalsekretariat.

Bei der Schilderung der Geschichte kann die Erwähnung eines Mannes nicht unterbleiben, der jahrzehntelang die Seele der Bewegung war: Dr. Sieb. Weber. Seine tiehe für die Arbeiterwelt, insbesondere die Arbeiter keine unermüdete Schaffenskraft und Opferbereitschaft für die Bewegung haben ihm ein bleibendes Andenken. Sein Nachfolger als Vorsitzender ist seit seinem Tode im Januar 1922 Pfarrer Wertheck, Ebersfeld. Ihm zur Seite als stellvertretender Vorsitzender steht der bekannte Arbeiterführer Reichstagsabgeordneter W. K. O. W.

Es erhebt sich heute oft die Frage: Sind die evangelischen Arbeitervereine für die Zukunft noch von Bedeutung? Die Frage kann klar und eindeutig mit ja beantwortet werden. Wir brauchen gerade jetzt gegenüber dem Klassenkampfgedanken eine gesunde Standesbewegung. Bei der jetzigen Verfassung der deutschen Arbeitervereine kann die Durcharbeitung und Ausgestaltung der sozialen Dinge in befriedigender Weise nur in Bezirks- und Landesvereinen geschehen.

Wie gestaltet sich nun die Arbeit? Vorangestellt wird unter allen Umständen das Bekenntnis zum evangelischen Glauben. Hierin kann und darf es keine Kompromisse geben. Die evangelischen Arbeitervereine sind bestrebt, durch klare Herausstellung dieses Zieles dem Sehnen der Arbeiter nach Höherem, nach Freiheit, Inhalt und Bedeutung zu geben. Als äußeren Erfolg sehen wir schon hier in vielen Fällen eine regere Teilnahme am kirchlichen und Gemeindeleben. Daß dieser Tatsache auch von Seiten der Kirche durch Heranziehung zur Mitverantwortung und Mitleitung Rechnung getragen werde, sei nur als Wunsch nebenher erwähnt.

Die heute reichlich einiönig gewordene Fabrikarbeit erweckt in dem Arbeiter die Sehnsucht nach Erholung, Erquickung. Darum nach Feierabend oder Sonntags nicht weitere Verhegung oder Verbitterung treiben, sondern edlere Ge-

festigkeit, Veranstaltung von Familienfesten und dergl. — Durch Einrichtung von Unterrichtskursen und Vortragsabenden, neuerdings auch Freizeiten, wird den Mitgliedern, insbesondere auch den Mitarbeitern, das notwendige Rüstzeug für den Götteskampf der Gegenwart gegeben. Weckung und Stärkung des Nationalbewußtseins und der Heimatliebe, nicht in einseitigem Chauvinismus; aber in starker Liebe für das eigene Volk, den Kampf gegen alles Undeutsche, vor allem gegen die inneren Volksfeinde, Fränkerei und Unzucht, in schärfer Form aufnehmend. Durch Schärfung des Verantwortungsbeußtseins und Pflege des christlich-deutschen Familienlebens glauben sie besonders dazu beitragen zu können.

Ein tiefer Riß geht durch unser Volk, an dem wir als Deutsche und Christen nicht gleichgültig vorübergehen können, das ist die soziale Zerrissenheit. Gewiß, Gegenläge hat es zu allen Zeiten gegeben und wird es auch wahrscheinlich auf dieser Erde immer geben. Es gilt aber, diese gänzlich vergiftete Atmosphäre reinigen zu helfen. Die evangelischen Arbeitervereine wollen an ihrem Teil dazu beitragen, die Klüft zu überbrücken, bei den Arbeitnehmern das Verständnis für die Wirtschaft und die Not, auch des Unternehmers (vor allem in feilscher Beziehung), Pflichtgefühl, Verbundenheit mit seiner Arbeit wecken. Auf der anderen Seite aber mit ebenso großer Deutlichkeit auf Gleichachtung und Gleichwertung, die stitliche Berechtigung seiner Forderungen auf Sicherstellung seiner Existenz, betonen. Die evangelischen Arbeitervereine, als auf dem Boden der Volksgemeinschaft stehend, treten ein für die Arbeitsgemeinschaft, allerdings mit dem Inhalt einer Gesinnungsgemeinschaft. Ansätze zu sozialen Arbeitsgemeinschaften mit christlichen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, unter Teilnahme und Vermittlung der Kirche sind in einzelnen Orten und Bezirken bereits gemacht und haben bisher zu befriedigenden Ergebnissen geführt.

Diese Einzel- und Kleinarbeit wird ergänzt durch Maßnahmen größerer Art: Entschlüssen, Denkschriften, Anregungen zu sozialpolitischen Gesetzen u. a. in den vergangenen Jahren zur Arbeitszeit, Frauen- und Kinderarbeit, bei Arbeitskammern, Boden- und Wohnungsreform, Arbeitslosenfürsorge. Noch im letzten Jahre wurde in eindrucksvoller Weise zur Frage der Arbeitszeit in durchgehenden und Feuerbetrieben Stellung genommen. Nicht geringeres Interesse wurde und wird dem Problem der Sonntagsarbeit entgegengebracht.

Alles in allem genannt darf wohl gesagt werden, daß die evangelische Arbeitervereinebewegung ihre Zeit nicht hinter, sondern noch vor sich hat. Für die nächste Zukunft wird richtunggebend sein der in diesem Jahre zum ersten Male auch den Reichsverband der Gesamtverband in den Tagen vom 27. bis 29. Juni in Halle a. Saale. Am Sonnabend, den 27. 6., findet die Eröffnung unter Teilnahme der behördlichen, kirchlichen und sonstigen Vertreter statt. Der 28. Sonntag, gilt der eigentlichen Tagungsarbeit. Sie wird eingeleitet durch den Festgottesdienst in der Domkirche. Festprediger: Gen. Superintendent Schütler. Der Vertretertagung liegen folgende Punkte als Beratungsstoff zugrunde:

- 1. Bericht des Vorsitzenden, Pfarrer Wertheck.
2. Die geistigen Grundlagen der Bewegung, Generalsekretär Grunz.
3. Aufbau und Ausbau des Gesamtverbandes, Generalsekretär Rudolph.

Der 29. Juni beschließt die Tagung durch Vorstandssitzung und Beratungen der Berufsarbeiter.

Wir werden über den Verlauf des Verbandstages noch später an dieser Stelle berichten und wünschen ihr schon jetzt volles Gelingen, daß ihre Auswirkung zum Besten der deutschen Arbeitervereine wie des ganzen Reiches Vaterlandes zu verpüren sei.

Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit im Verbandsgebiet.

Die zufriedenstellende Beschäftigung der Textilindustrie hielt im Monat April weiter an.
Vollarbeitslos sind: 306 männliche Mitglieder, 392 weibliche.
Zusammen 698 Verbandsangehörige = 0,8% der Erfassten.
Im Juli 1924 waren vollarbeitslos 8,1% der Mitglieder.
November 1924 " " 8,8% " "
Januar 1925 " " 1,4% " "
März 1925 " " 1,2% " "
April 1925 " " 0,8% " "

Nach der Statistik der Reichsarbeitsverwaltung hatten im Monat März die Buchdrucker mit 0,3% Vollarbeitslosen den günstigsten Beschäftigungsgrad aufzuweisen. Bei allen anderen Verbänden schwankten die Siffern zwischen 1,3% bis 14,3%. Für unsern Verband betrug, wie oben ersichtlich, der Prozentatz 1,3%. Wir gehörten also zu den am besten Beschäftigten. Da im Berichtsmontat diese Siffer weiter nur 1,3% auf 0,8% heruntergegangen ist, dürfen wir wohl mit der Beschäftigungslage innerhalb des Verbandes zufrieden sein.

Die Zahlen über die Kurzarbeit sind ungefähr die gleichen wie im Vormonat.

Es arbeitete verkürzt im Monat April 1925 1515 männliche Mitglieder, 2525 weibliche.
Zusammen 4040 Verbandsangehörige = 4,6% der Erfassten.
Im Juli 1924 waren 47% unserer Mitglieder Kurzarbeiter.
November 1924 " " 9,2% " "
Januar 1925 " " 5,1% " "
März 1925 " " 4,2% " "
April 1925 " " 4,6% " "

Die Auswirkung in den einzelnen Bezirken ist folgende
Tabelle mit 2 Spalten: Bezirk, vollarbeitslos, Kurzarbeit.
Erfeld: 3,1% / 0,9%
M. Gladbach: 0,8% / 6,2%
Aachen: 1,3% / 5,6%
Barmen: 0,7% / 5,8%
Westfalen: 0,1% / 0,7%
Hannover: " / 5,0%
Schlesien: 0,9% / 17,6%
Sachsen: 2,4% / 11,6%
Bayern: " / 2,8%
Württemberg: " / 2,9%
Baden: 0,3% / 2,2%

Aus der Aufstellung geht hervor, daß in drei Bezirken überhaupt keine Vollarbeitslosen sind, während in fünf weiteren Bezirken ebenfalls der Prozentatz ganz minimal ist. Lediglich die Bezirke Schlesien und Sachsen haben eine größeren Anzahl Kurzarbeiter aufzuweisen.

Ueber die Berichterstattung ist folgendes zu sagen: In allgemeinen ist sie befriedigend. Genaue, die fehlen oder rechtlich noch nachmalig dringend gebeten, die Berichte doch rechtzeitigt einzufenden.

Dreistreiberei der Textilkonventionen.

Vom Bezirksverein Rheinland und Westfalen des Reichsbundes des Textil-Gewerhandels e. V. Berlin, St. Essen, wird uns geschrieben:

Als wichtige volkswirtschaftliche und soziale Aufgabe muß eine Verbilligung der Webstoffe betrachtet werden. Es gilt den Verbrauchern den Kauf dringender benötigter Kleidungsstücke zu erschwinglichen Preisen zu ermöglichen. Dadurch erhalten auch die Textilfabriken genügend Beschäftigung, da Handel wird belebt.

Diesem Ziel stellt sich die Politik der deutschen Tuchkonvention entgegen.

Seit Januar dieses Jahres sind die Wollpreise ständig im Sinken begriffen. Da sich die Tuchindustrie sehr um Aufträge bemühte, ließ sich eine Anzahl von Großfirmen vor einigen Monaten zu Abschlüssen bewegen, die ihnen nur

Arbeitsgemeinschaft deutscher Frauenberufsverbände.

Die Arbeitsgemeinschaft deutscher Frauenberufsverbände hat auf ihrer Tagung in Ebersfeld ein Programm angenommen, das Ziel und Aufgaben umreißt, die sie sich gestellt hat. Das Programm hat folgenden Wortlaut:

Die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Frauenberufsverbände ist eine Vereinigung von Berufsverbänden mit weiblicher Mitgliedschaft zur Pflege aller gemeinsamen Güter und zur Vertretung gemeinsamer Forderungen in Wirtschaft und Staat. Sie will zu ihrem Ziele beitragen zur Förderung wahrer Volkstugend, zur Vertiefung des Verantwortlichkeitsgefühls und zur Erziehung zu Sitte und Gütlichkeit im Leben der Familie, im Berufskreise und im Volksleben.

Ihre Arbeit dient der Lösung aller Fragen, die sich auf die folgenden Gebiete erstrecken.

- I. Das Arbeits- und Berufsleben der deutschen Frau.
II. Das Staatsbürgerium der deutschen Frau.
III. Die Kulturaufgaben der deutschen Frau.

1. Das Arbeits- und Berufsleben der deutschen Frau.

A. Die hauswirtschaftliche Erziehung.

Die Bestrebungen der Arbeitsgemeinschaft sind darauf gerichtet, jedes junge Mädchen auf den späteren Beruf als Hausfrau, Gattin und Mutter durch Schaffung von Einrichtungen und Förderung einer planmäßigen hauswirtschaftlichen Unterweisung vorzubereiten. Die hauswirtschaftliche Unterweisung der Jugend soll sie in einfacher, praktischer und zweckmäßiger Weise anleiten. Bei ihrer Gestaltung ist jedoch darauf Bedacht zu nehmen, daß sie die Berufserziehung nicht verdrängt, sondern daß beiden Bereichen ihr Recht wird.

B. Der außerhäusliche Beruf.

Die Arbeitsgemeinschaft will ihren Einfluß geltend machen, wenn die einzelnen Berufsgebiete auf ihre Eigenart hin hin untersucht werden können.

Die Berufswahl nach Neigungen und Fähigkeiten hin getroffen werden kann.

Die volle Berufsausbildung durch gesetzliche Ordnung der Lehrlingshaltung und Schaffung geeigneter Schulen zur Ausbildung und Fortbildung sichergestellt wird, von der Grundschule bis zur Hochschule in der Schulgesetzgebung der Eigenart der Frau Rechnung getragen und in der Schulverwaltung die Gleichberechtigung mit den Männern durchgeführt wird.

der Arbeitsschutz ausgebaut wird, Entlohnung und Aufstiegsmöglichkeit im Beruf nach dem Grundsatz gleicher Bewertung bei gleicher Leistung für Mann und Frau erfolgt, und in der Selbstverwaltung den Frauen eine ihrer Bedeutung entsprechende Mitwirkung eingeräumt wird.

Die Frauen haben durch ihre bisherige Teilnahme in der Verwaltung der Arbeitsnachweise, in der Gewerbeaufsicht, in der beruflichen Rechtsprechung und Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten, in den Organen der sozialen Versicherung, in Betriebsräten, Lehrerkammern, im Reichswirtschaftsrat gezeigt, daß die mannigfachen Vorurteile gegen ihre Eignung und Befähigung unzutreffend sind. Die Frauen verlangen insbesondere die Gleichberechtigung auch insofern, als sie nicht nur auf untergeordnete Stellen beschränkt bleiben, sondern Zulassung zu höheren Ämtern und Stellen erhalten, die ihnen heute wohl in der Theorie, aber nicht in der Praxis offen stehen.

Bei dem Ausbau der sozialen Versicherung, der einschließlch der Umwandlung der heutigen Gewerbesteuersätze zu einer Arbeitslosenversicherung für die Frauen von großer Bedeutung ist, muß der Verbesserung der Wochenhilfe besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden.

Der Schutz von Leben und Gesundheit ist außerdem zu sichern durch Ausbau der Gewerbeaufsichtsämter und Anstellung von Gewerbe- und Handelsaufsichtsbeamtinnen unter angemessener Einwirkung in die Beschäftigungsordnung.

Die Lebensführung der berufstätigen Frauen ist zu erleichtern durch Schaffung von Wohn- und Heimeinrichtungen.

2. Das Staatsbürgerium der deutschen Frau.

Die Arbeitsgemeinschaft verlangt und will fördern: Die Schaltung der Frau für das politische Leben, für die Teilnahme an der allgemeinen Verwaltung und die Mitarbeit in den gesetzgebenden Körperschaften, in Gemeinden, Ländern und Reich.

Bermehrung und Ausbau der beruflichen und ehrenamtlichen Tätigkeit der Frau in der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege.

Reform des Strafrechts unter tätiger Anteilnahme der Frauen, und

Reform des Ehe- und Familienrechts unter Anpassung an die veränderte Stellung der Frau im Wirtschaftsleben.

Bei der Erhebung dieser Forderungen ist die Arbeitsgemeinschaft im öffentlichen Leben nur in dem Maße erfolgreich, als die Frauen selbst zur Übernahme der Pflichten und Rechte gewillt und fähig sind. Unter Hinweis auf die bisherigen Erfahrungen, die diese Voraussetzungen als gegeben

darlegen, wird die Arbeitsgemeinschaft in ihrem eigenen Kreise alles tun, was der Stärkung des Willens und der Ausbildung der Fähigkeiten zur Übernahme öffentlicher Ämter dienlich ist. Wenn auch das Leben der Frau ebenso wie das des Mannes von der Gestaltung des gesamten Rechts herbeirührt, so beeinflussen einzelne Rechtsgebiete, z. B. das Ehe recht, ihr ganzes Sein doch so wesentlich, daß sie bei ihrer Ordnung entscheidend mitwirken muß. Dabei wird nicht verkannt, daß wahre Gehörigkeit in erster Linie eine Frage der Moral und nicht des Rechtes ist.

3. Die Kulturaufgaben der deutschen Frau.

Die Arbeitsgemeinschaft erkennt als Mittel zur Lösung der Kulturaufgaben:

Die sittliche und religiöse Erziehung der Jugend in Familie und Schule.

Maßnahmen zur Hebung der allgemeinen Bildung, Erziehung zur Einfachheit, Mäßigkeit und Reinheit in der Lebensführung.

Förderung der körperlichen Erziehung der Frau.

Förderung gesunder sittlicher Tendenzen in der öffentlichen Meinung und ihren Äußerungen in gesellschaftlichen Leben, in Presse, Literatur, Film, Theater und Kunst.

Schutz und Stärkung der Familie unter besonderer Betonung der Bedeutung der Fürsorge für Mutter und Kind durch angemessene Begrenzung der Arbeitszeit und Befestigung der Mißstände, die die verheiratete Frau zur Erwerbsarbeit zwingen.

Gleiche Verantwortlichkeit beider Geschlechter in der Ehe.

Die erschreckende Zunahme der schlimmsten Volksstrafen ist zu erheblichem Teile eine Folge der großen Wohnungsnot, an der wir leiden, und deren baldige Beseitigung auch mit den größten Opfern erfolgen muß. Nicht minder schädigend ist aber die hemmungslose Sucht nach Vergnügen nach Verlassen des Elends und sogenannten Auslebens, in ihren tiefsten Grund in dem Mangel eines sittlichen Maßstabes und inneren Haltens hat, den nur die Verbindung mit der lebendigen Quelle göttlicher Kräfte dauernd geben kann. Darum muß die sittliche Erziehung die gesamte Ausbildung durchdringen.

Die Bekämpfung von Schmutz und Schand, die Eindämmung des verheerenden Alkoholismus wird um so leichter gelingen, je mehr echtes Volksgut wieder Gemeinbesitz aller Kreise wird. Die Erziehung zum Volksempfinden, die Pflege des Heimatstans und der heimatlischen Bräute muß den Grund auf deutsches Volkstum auch in der Zeit der Not aufrecht erhalten und fördern. Der einzelne muß sich unlosbar verbunden wissen mit seinem Volk. Die Befreiung der Frauen zu verantwortlicher Mitwirkung in Gemeinden, Ländern und Reich soll ihnen Sporn und Mittel sein, ihrem Volk in Selbstlosigkeit und Etreue zu dienen.

Fragen der Lohngestaltung.

Ein Artikel des Reichsarbeitsministers.

Unter dieser Ueberschrift veröffentlicht Reichsarbeitsminister Dr. Brauns in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ einen Aufsatz, der angesichts der scharf inkämpften Stellung des Reichsarbeitsministeriums auf dem Gebiete der Lohnpolitik ein großes Interesse verdient. Minister Brauns geht davon aus, daß das deutsche Lohn- und Schlichtungswesen stets unter zwei Gesichtspunkten gewürdigt werden muß: dem wirtschaftlichen und dem sozialpolitischen. Er unterstreicht dabei den selbstverständlichen Satz, daß als Lohn- und Unternehmer-Einkommen nur das verfügbare Einkommen in Frage kommen kann; freilich ist die Höhe des Produktionswertes, die von Arbeitgeberseite auf etwa 70 v. H. der Vorkriegszeit, von den Gewerkschaften auf einen weit höheren Prozentsatz geschätzt wird, stark umstritten. Die Beweisgründe, die von den Wirtschaftsparteien für oder gegen eine Lohn-erhöhung vorgebracht werden, sind in der Mehrzahl für sich allein nicht als unrichtig anzusehen; aber erst in ihrer Resultante liegt die Wahrheit. Sie haben innerhalb der verschiedenen Berufe und im Wechsel der Zeit verschiedene hohe Bedeutung, woraus folgt, daß der wirtschaftlich mögliche Lohn nicht allgemein gültig festgelegt werden kann, daß er also auch nach Stabilisierung der Währung für die verschiedenen Berufe besonders und — zwar in größeren Abständen — zuweilen neu geregelt werden muß.

Dr. Brauns tritt dafür ein, daß innerhalb der für die verschiedenen Berufe und zu verschiedener Zeit ungleich großen Spannen des wirtschaftlich Möglichen dem Arbeitnehmer — so weit wie möglich entgegengekommen wird. Armut und Elend, die als Folge der Kriegs- und Nachkriegszeit sich heute in Deutschland breit machen, sind niemals geeignete Voraussetzungen für die Steigerung der Kultur und für die Hebung der menschlichen Werte. Es kommt darauf an, auch hier den Wiederaufbau zu ermöglichen. Die Arbeitnehmer müssen allmählich in den Stand versetzt werden, sich und ihre Familien eine hinreichend kräftige Ernährung und Bekleidung zu sichern, ihre Arbeitskraft wiederherzustellen und auch freiwillig vom schmerzlichen Druck frei zu werden. In erster Linie kommt es dabei auf den Reallohn, d. h. auf die Kaufkraft der Lohnsumme an; ohne Hebung der Kaufkraft und Senkung der Preise auf ein angemessenes Maß muß jede Lohnsteigerung in Frage gestellt werden. Die Wirtschaftslage zieht jeder Lohnsteigerung bestimmte Grenzen. Ob diese im einzelnen Fall bereits erreicht oder gar überschritten sind, kann erst die Zukunft zeigen. Die wirtschaftliche Grenze ist aber nicht unüberänderlich. Nicht nur, daß technische und betriebsorganisatorische Verbesserungen, die Wiedergewinnung unseres Selbstbestimmungsrechts im Bereiche des Außenhandels und anderer Umstände die Rentabilitätsgrenze der Wirtschaft erweitern können, auch die Hebung der Kaufkraft, die infolge erhöhter Löhne zu verzeichnen ist, vermag unter bestimmten Voraussetzungen die Ergiebigkeit der Wirtschaft zu steigern. Die Steigerung darf nur nicht künstlich sein, darf nicht dazu führen, daß ausländische Kredite in den Inlandskonsum übergehen. Mögen in dieser Hinsicht

zurzeit manche Zweifel angebracht sein: nicht geleugnet werden kann, daß der besser genährte und sichergestellte Arbeiter leistungsfähiger und williger sein wird, als der notleidende. Qualitätsware, auf deren Herstellung wir heute mehr denn je angewiesen sind, bedingt Qualitätsarbeit. Darum wird insbesondere an den Löhnen der gefertigten Arbeiter nicht gepart und bei der Durchstaffelung der Tarife auf die Leistung noch mehr als bisher Rücksicht genommen werden müssen.

Diese Ziele zu verwirklichen, ist vor allem die Aufgabe der Wirtschaft selbst: die Wirtschaft soll ihre Löhne selbst bestimmen. Allerdings kann der Kreis des frei vereinbarten Tarifvertrags dadurch eine Erweiterung erfahren, daß Tarifverträge, die für die Gestaltung der Arbeitsbedingungen des Berufskreises in dem Tarifgebiet überwindliche Bedeutung erlangt haben, für allgemeinverbindlich erklärt werden. Wenn aber hier die Behörde in das Tarifwesen eingreift, so doch nur, um eine Regelung der Arbeitsbedingungen, der die überwiegende Mehrzahl der Beteiligten zugestimmt hat, allgemein sicher zu stellen. Das Selbstbestimmungsrecht der Wirtschaft wird auch durch die Bestimmungen der Schlichtungsverordnung nicht durchdrungen. Diese stellt eigene zwischen den Parteien vereinbarte Schlichtungsstellen durchaus in den Vordergrund. Nur soweit das Zustandekommen von Gesamtvereinbarungen nicht durch solche Schlichtungsstellen gesichert ist, sollen die öffentlichen Schlichtungseinrichtungen Hilfe leisten; aber auch hier bleibt die Einigung der Parteien das oberste Ziel. Kommt sie nicht zustande, so macht die Kammer einen Vorschlag für den Abschluß der Gesamtvereinbarung (Schiedspruch). Wird der Schiedspruch nicht angenommen, so kann er für verbindlich erklärt werden, aber nur, wenn er bei gerechter Abwägung der Interessen beider Teile der Billigkeit entspricht und seine Durchführung aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen erforderlich ist. Also nur in äußerster Notfall und zur Vermeidung schwerer wirtschaftlicher und sozialer Erschütterungen darf der staatliche „Zwang“ vorgenommen werden.

In der Praxis hat es sich oft genug gezeigt, daß dieser Zwang von den Parteien gar nicht so ungern gesehen wird, da durch ihn die eigene Verantwortung gemindert wird. Immer wieder ergeben sich Fälle, in denen die Parteien einen Schiedspruch nicht annehmen, aber erkennen lassen, daß sie sich der Verbindlichkeitserklärung beugen werden, um so die äußere Verantwortung für die wirtschaftlichen und sozialen Folgen einer unbilligen Stelle aufzubürden. Auch das Reichsarbeitsministerium vertritt den Standpunkt, daß die Abschließung der Verantwortung von Seiten der beteiligten Parteien auf die Behörden eine sehr unerfreuliche Auswirkung der Verbindlichkeitserklärung ist. Mehr als einmal hat daher der Minister den Parteien nahegelegt, selbst mehr Verantwortungsgefühl zu zeigen und für Fälle, in denen sie sich nicht unmittelbar einigen können, eigene private Schlichtungsstellen zu schaffen.

großen Schaden bringen, müssen sie doch zu den damaligen, die heutigen weit übersteigenden Preisen zählen. In dieser mißlichen Lage forderten sie die Tuchfabrikanten, die fast alle der deutschen Tuchkonvention angehören, auf, die Preise der vorer Kandoner März-Auktion getätigten Abschüsse entsprechend um auf der Auktion festgestellten Preisrückgang zu ermäßigen. Einzelne Tuchfabrikanten haben sich auch dazu bereit erklärt. Die deutsche Tuchkonvention jedoch verbot ihren Mitgliedern die Herabsetzung der Preise unter Hinweis auf ihre Verbandsbestimmungen, die ein Festhalten in den bestehenden Bedingungen vorschrieben. In schroffem Widerspruch zu diesem Vorgehen der deutschen Tuchkonvention steht ihr Verhalten im Jahre 1922. Damals, als ihr Preisrückgang erforderlich schien, forderte sie ihre Mitglieder auf, neue Bedingungen zu stellen.

Die Politik derartiger Konventionen ist verschieden, ihr Ziel jedoch, Hochhaltung der Preise, das gleiche. Dies mag auch das Verhalten einer Gruppe von Ausrihtungsanstalten, der Konvention Sächsisch-Thüringischer Färbereien zeigen. Diese vermerkt noch auf ihren neuen, am 1. Mai 1925 gültigen Zahlungs- und Lieferungsbedingungen, daß alle Preise und Bedingungen freibleibend sind. Lezhin hat sie nun mitgeteilt, daß sie sich gegenwärtig, ihre Preise auf den meisten Gebieten zu erhöhen. Eigenartig ist nur, daß gerade das Färben derjenigen Artikel, bei denen, wie ausdrücklich hervorgehoben wird, eine Auslandskonkurrenz vorhanden sei, im Preise nicht heraufgesetzt wurde. Die Konventionspolitik wirkt durch Anwendung von Druckmitteln im Inland oder Ausschaltung ausländischer Konkurrenz stets preisverteuernd, demnach verbraucherfeindlich, Einflüsse, die umso verhängnisvoller sind, als sich das Reichsarbeitsministerium dieser Politik keineswegs entgegensetzt, sie vielmehr im Bescheid auf eine von Abnehmerseite ergangene Beschwerde anerkannt und unterstützt.

Aufgabe der öffentlichen Meinung und der politischen Parteien muß es sein, die Regierung zum Kampfe gegen jede Macht zu veranlassen, die von im Interesse aller Volksgenossen liegenden Preisabbau hinterhält und unsere Wettbewerbsfähigkeit gegenüber dem Ausland beschränkt.

Allgemeine Rundschau.

Das Erholungsheim für Arbeiter und Angestellte.
 Das Bezirksverband der katholischen Arbeitervereine Münchens im Seehof bei Rodel (Oberbayern) im Jahre 1917 erworben und eingerichtet hat, erstreckte sich im abgelaufenen Jahre 1924 eines starken Besuches. Außer zahlreichen Gästen, die nur vorübergehend sich aufhielten, darunter 445 Jugendliche, mit 18 Gästen, die bei ihren Vereinsausflügen ins Gebirge Nachtquartier nahmen, waren es 393 Erholungsgäste, die längeren Aufenthalt nahmen und insgesamt 3445 Erholungs-tage im Seehof zubrachten. Die herrliche Lage des Heimes in der Kesselbergstraße unmittelbar am Rodelsee am Fuß des Herzogtandes, die reiche Gelegenheit zu prächtigen Ausflügen ins Gebirge, die gute Verpflegung bei sehr mäßigen Preisen, die freundliche Obforge der Heimleitung hat wohl allen Gästen den Aufenthalt recht genussreich gemacht und Befriedigung und Stärkung für Körper und Geist gebracht. Da im vergangenen Jahr das gewaltige Waldschneewert, das nicht weit entfernt, eine Sehenswürdigkeit ersten Ranges ist, zum Abschluß gekommen ist, wurde auch der Seehof völlig frei

und steht jetzt mit allen Räumlichkeiten erholungsbedürftigen Männern und Frauen der Arbeit zur Verfügung. Für die volle Verpflegung ist im Tag 4 Mk. zu entrichten, während das Zimmer auf 1-2 Mark je nach Lage und Einrichtung zu stehen kommt. Wie bisher schon, werden Ortskrankenkassen, Betriebskrankenkassen und Landesversicherungsanstalten gegebenenfalls ihren Mitgliedern Zuschüsse für einen Erholungs-aufenthalt gewähren, sofern durch ärztliches Gutachten ein solcher befürwortet wird. Die Anmeldung ist rechtzeitig zu richten an die Leitung des Erholungsheims Seehof, Post Rodel Obb. So möge das Erholungsheim Seehof auch heuer wieder recht vielen, die einige Tage der Ruhe und Rast aus dem Getriebe und der Plage des Alltags suchen, ein Plätzchen der Erholung für Leib und Seele bieten.

Amerika und Deutschland.

Der Direktor im Siemens-Konzern, Dr. C. Röttgen, hat in einem beachtlichen Buche Erfahrungen niedergelegt, die auf einer Studienreise in Nordamerika gewonnen wurden. U. a. wird gesagt:

Der Vergleich der wirtschaftlichen Verhältnisse in den Vereinigten Staaten mit denen Deutschlands ergibt grundlegende Unterschiede. Um die Nahrung für die Bevölkerung zu erzeugen, sind in den Vereinigten Staaten 29 Prozent aller Erwerbstätigen nötig, in Deutschland 43,3 Prozent. Die landwirtschaftliche Erzeugung in den Vereinigten Staaten beträgt pro Kopf der Beschäftigten das 2,46-fache von der in Deutschland. Nehmliche Verhältnisse ergeben sich bei der Erz- und Kohlen-gewinnung. Bei der Gettoble betrug im Jahre 1922 die amerikanische Produktion pro Mann und Schicht mehr als das Vierfache der deutschen, bei Anthrazit nicht ganz das Dreifache. Der Arbeitslohn beträgt in den Vereinigten Staaten im Mittel das 3,5-fache des Lohnes in Deutschland. Da demgegenüber die Kaufkraft in den Vereinigten Staaten etwa die Hälfte derjenigen in Deutschland beträgt, ergibt sich, daß der Reallohn dort um etwa 70 Prozent höher ist als hier. Die Arbeitszeit beträgt im Durchschnitt 48 Stunden in der Woche, ohne sabbatische Festlegung auf den Nichtsonntag. Etwa 22,5 Prozent der Arbeiterschaft leisten im Durchschnitt mehr als 54, nicht ganz 14 Prozent weniger als 44 Stunden in der Woche.

Von seinem Lohn gibt der amerikanische Arbeiter 38 bis 42 Prozent seines Einkommens, der deutsche reichlich 60 Prozent, in den unteren Lohnstufen wohl bis 70 Prozent für Ernährung aus. Als Durchschnitt ergibt sich für die Preise in den Vereinigten Staaten etwa das Doppelte der Preise in Deutschland, d. h. die Kaufkraft in den Vereinigten Staaten ist etwa halb so groß wie die in Deutschland.

Die Tatsache eines 3,5 mal so großen Arbeitslohnes bei halb so großer Kaufkraft in Nordamerika gegenüber Deutschland, also eines um 70 Prozent höheren Reallohnes, ist, wie der Verfasser nachweist, nur dadurch ermöglicht, daß die Mehr-erzeugung der amerikanischen Wirtschaft um 70 Prozent höher ist. Die Hälfte dieses Mehrs von 70 Prozent erklärt der Verfasser aus der weit größeren Ergiebigkeit von Landwirtschaft und Bergbau. Für die verbleibenden 30 bis 40 Prozent Mehr-erzeugung werden zwei Gründe nachgewiesen: Einerseits die bessere wirtschaftliche Organisation in Richtung der Vereinfachung der Erzeugung in Mengen und die dadurch möglich gewordene Verwendung von maschinellen Verfahren und Einrichtungen, und andererseits größte Arbeitsintensität des einzelnen Grundtag in den Vereinigten Staaten. „Gestalte die menschliche Arbeit so, daß sie nutzbar ist, daß alles Vermeidbare fortfällt. Erzeuge die menschliche Arbeit durch maschinelle Hilfe die hierfür nötigen maschinellen Verfahren so aus, daß sich ein Maximum an Produktion pro bedienenden Mann ergibt.“

Aus der Textilindustrie.

Baumwollgarn-Ausfuhr nach Deutschland.

Die Tschechoslowakei hat im Jahre 1924 für 280 Millionen tschech. Kronen Baumwollgarne nach Deutschland ausgeführt.

Internationaler Baumwoll-Kongress.

Am 4., 5. und 6. Juni findet in Wien der 12. Internationale Baumwoll-Kongress statt. Veranstalter ist der Internationale Verband der Baumwollspinner- und Weber-Vereine. Der letzte Kongress fand 1922 in Stockholm statt.

Zusammenschluß in der Textilindustrie.

Zwischen der Gruppe W. H. Arnold jr. in Greiz und der Deutschen Wollenwaren-Manufaktur Aktiengesellschaft in Grünberg i. Schl. ist ein Interessengemeinschaftsvertrag abgeschlossen worden, welcher außer einem gemeinsamen Vorgehen beider Gruppen in allen den Einkauf, die Fabrikation und den Verkauf im In- und Ausland betreffenden Fragen, insbesondere die Pflege ihrer gemeinsamen Interessen auf dem Gebiete der Streichgarn-Fabrikation zum Gegenstand hat. Es erfolgt die gegenseitige Zuwahl führender Persönlichkeiten beider Gruppen in ihre Aufsichtsräte, während ein Aktienaustausch zunächst nicht stattgefunden hat.

Der Gruppe W. H. Arnold jr. gehören: Kammgarn-weberei W. H. Arnold jr., Greiz, Simons u. Frowein Nachf., Leichlingen (Rhd.), Kammgarnweberei Gera U. G., Gera, Seidenweberei Henne U. G., Gera, Tuchfabrik G. F. Thomann, Böhneck (Thür.), Sächsische Stückfärberei und Appreturanstalt U. G., Reichenbach i. W.

Zu einem Interessenskreis gehören ferner: Tuchfabrik F. G. Pöfner U. G., Böhneck i. Thür., Tuchfabrik Gebr. Pfau, Komm.-Ges., Krimmitschau.

Die Deutsche Wollenwarenmanufaktur, Aktiengesellschaft ist an der Tuchfabrik Carl Siegmund U. G., Müllhausen, beteiligt, steht in einem Interessengemeinschaftsverhältnis mit der Firma Mos. Löw Beer, Sagan, und in freundschaftlichen Beziehungen zu den Vereinigten Deutschen Textilwerken, Jittau, (Wagner u. Co., Wagner u. Moras, Wünschens Erben).

Textilien in unserer Handelsbilanz.

In Textilien hatten wir auch im Frieden einen großen Einfuhrüberschuß, da wir die textilen Rohstoffe alle aus dem Ausland beziehen müssen und auf textilen Gebiet nur in einigen Spezialartikeln eine gut entwickelte Ausfuhr hatten. Nachdem in der Inflationszeit unsere Textil-ausfuhr gestiegen war — weil man bei uns „billig“ kaufte, ist sie mit der Stabilität wieder stark zurückgegangen, weit unter das Friedensmaß, da wir in den Preisen der ausländischen Konkurrenz zurzeit nicht mithalten können. Dabei ist die Rohzufuhr im Vorjahr eine verstärkte gewesen, außerdem kam ein großer Import von Fertigwaren hinzu, namentlich elsfäßlicher, kontingentierter Ware, aber auch freier Ware, die bei uns Absatz suchte, so daß sich der Einfuhr-überschuß im Jahre 1924 gegen 1913 in Textilien verdreifacht hat (von 0,5 auf 1,5 Milliarden M.), wobei allerdings der höhere Durchschnittspreis auch der Rohstoffe, ins Gewicht fällt. Wenn auch die Fertigeinfuhr jetzt nachlassen wird, so können wir doch bei der Höhe unserer Preise mit Ausfuhr vorläufig kaum rechnen, so daß also Textilien zunächst weiter auf der Passivseite unserer Handelsbilanz stehen werden.

Aus der russischen Textilindustrie.

Nach einer Meldung der Moskauer „Handels- und Industriefzeitung“ haben die 12 größten russischen Baumwoll-trikts in der ersten Hälfte des laufenden Wirtschaftsjahres 1924/25 (Oktober bis März) insgesamt 4,9 Mill. Pud Baumwolle verarbeitet. Im Monatsdurchschnitt waren in den erwähnten Zrusts 250000 Arbeiter beschäftigt.

Lohn- und Arbeitsfreitigkeiten.

Im Bezirk der Chemniger Textilindustrie ist durch Schiedspruch des Schlichters im sächsischen Arbeitsministerium anerkannt worden, daß die Arbeitszeit auf 53 Stunden in der Woche ausgebeht werden kann. Für die 49. bis 53. Stunde ist ein Zuschlag von 5 Prozent auf den Grundlohn zu zahlen, für weitere Ueberstunden werden 25 Prozent auf den Grundlohn gezahlt.

Aus unserer Bewegung.

Wohin führen wir unsere Mitglieder in der Beitragsfrage?

Zu einer für unseren Verband lebenswichtigen Frage äußert sich in nachstehender Zuschrift eine Kollegin. Die trefflichen Darlegungen verdienen die Beachtung aller Mitglieder. Sie stammen von einer Kollegin, die Tag für Tag in der praktischen Kleinarbeit tätig ist. Die in der Zuschrift niedergelegten Gedanken der Verfasserin sollten Gemeingut aller Mitglieder werden. In erster Linie werden aber unsere Vertrauenspersonen im Verkehr mit den Mitgliedern auf die in der Zuschrift enthaltenen Tatsachen immer und immer wieder hinweisen müssen. An persönlicher Aufklärung über die tiefere Bedeutung unserer Bewegung und die Notwendigkeit ihrer finanziellen Kräftigung kann gar nicht genug geschehen.

Die Schriftleitung.

Die maßgeblichen Führer in der Beitragsfrage sind die Kassierer und Vertrauensleute. Ihnen ist ein sehr wichtiges Amt übertragen. So wichtig dieses Amt ist, so schwierig ist es auch; denn bekanntlich ruft Zähneziehen und Geldausgeben selbst die Geister auf den Plan, die sonst immer abseits stehen.

Das Leid unserer Kassierer sind immer wieder einige wenige, die die Vorteile der Gewerkschaften möglichst billig einheimfen wollen. Es gibt eben leider noch viel Unaufgeklärte, die nicht wissen, was unsere Bewegung will. Um das, was er von diesen „Mitgliedern“ oft hören muß, ist der Kassierer nicht zu beneiden. Wenn er sein Amt trotzdem treu wahr, dann tut er es, weil er eintritt, daß wir den Willen und das Geld und die Kraft möglichst aller Arbeiter und Arbeiterinnen sammeln müssen, um die Verhältnisse umzugestalten.

Was wird der Kassierer aber dann tun, wenn er ein Mitglied vor sich hat, dessen „gewerkschaftliche Ueberzeugung“ etwa bis zur 35 Pfg.-Klasse reicht und nicht bis zu der in Frage kommenden 50, 60 oder 70 Pfg.-Klasse?

Zwei Beweggründe sind jetzt da, nach denen er sich richten möchte und muß! Er will das Mitglied nicht verlieren und kann doch auch in der Beitragsfrage nicht nachgeben!

Die Möglichkeit, Mitglieder in nicht sachungsgemäßen Klassen zu führen, möchte ich verneinen, weil ein solches Mitglied auch dann nicht als gewerkschaftlich organisiert anzusprechen wäre. Brühde:

1. Als gewerkschaftliche Organisation kann nur der Verband angesprochen werden, der in der Lage ist, im Falle eines Kampfes alle seine Mitglieder durchzubringen. Unsere Satzungen bringen Leistung und Gegenleistung von Verband und Mitglied in Einklang. Sachungsgemäß kann also der Verband nur die Mitglieder ausreißend unterstützen, die einen entsprechenden Beitrag gezahlt haben. Wir brüchten also in diesem Falle dem Mitglied den falschen Glauben bei, es sei hinreichend für den Kampf gerüstet.

Im Falle eines Streiks müßte ein solcher „Gewerkschaftler“ zum Streikbrecher werden, weil er nichts zu beitragen würde er bei einer Aussperrung tun? Da kann er nicht streikbrechern. Dann heißt das für ihn und manche anderen: Die Gewerkschaften sind nicht leistungsfähig; also haben sie keinen Zweck.

2. Das Mitglied, das keine hinreichenden Beiträge zahlen will, erkennt unsere Ziele und Wege nicht an, und ist deshalb dem Unorganisierten gleichzustellen. Es denkt ja nicht im entferntesten daran, mitzukämpfen. Einen Streik lehnt es ab und vor der Möglichkeit einer Aussperrung macht es die Augen zu. Es will mit seiner Mitgliedschaft nur eine Gewissensberuhigung, um sanft weiterzuschlafen zu können!

Für solche Mitglieder bedanken wir uns! Sie können die Gewerkschaftsbewegung nur schädigen. Im Kampfe würden sie auch schließlich keine Gefolgsschaft leisten. Die Trennung von ihnen fördert die Aufklärung über Wesen und Wirken unserer Bewegung.

Damit ist die in E. notwendige Führer-Einstellung gekennzeichnet. Aufklärer und immer wieder aufklärer müssen wir die Kolleginnen und Kollegen. Wenn aber der oder jener den Mut nicht aufbringt, ein ganzer Gewerkschaftler zu sein, dann zwingt uns die Verantwortung, die wir tragen, daß wir ihm zeigen: In unserer Bewegung ist sein Platz nicht.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Dülken. Eine Festfeier zur Ehrung unserer Jubilare. Am hat auch unsere Ortsgruppe, als letzte im Sekretariatsbezirk Dülken ihre Jubiläumssfeier hinter sich. Die Dülkener Kollegenschaft kam mit Stolz auf ihre Jubilare zurückblickend. Glanzvoll ist die Veranstaltung in allen Teilen verlaufen. Ein Zeichen, daß die Kollegenschaft Fähigkeiten zur Führung der Ortsgruppe besitzt. Schwer hat die Führung in den letzten Jahren kämpfen müssen. Finanzielle Not, Gleichgültigkeit so vieler Kollegen, die ihre Mitarbeit verweigert haben den Kampf um die Erhaltung der Ortsgruppe erschwert. Der Reizung ist es unter tätiger Mitarbeit einzelner Kollegen und Kolleginnen im ersten Quartal gelungen, den Wiederaufbau und eine Gewinnung zu bewerkstelligen. Der 20. April, der Jubiläumstag, ward der Auftakt zu neuer Mitarbeit und weiterer Stärkung der Ortsgruppe.

Die Jubiläumssfeier fand im Hotel „Senfen“ statt. Der zweite Vorsitzende, Carl Krings, begrüßte die Erschienenen mit einem herzlichen Willkommen. Besonderen Willkomm entbot er den Jubilaren. Als Ehrenpreise waren anwesend: Bürgermeister Dr. Kärken, als Vertreter der Stadt Dülken, Herr Pfarrer Boll und die Geistlichkeit Dülkens, Herr Carl Kleinermanns, als Vertreter der Konsumgenossenschaft „Eintracht“, M. Gladbach und Herr Konrektor Hoffmann. Sodann begrüßte er den Festredner des Abends, Kollegen Dörpinghaus, Grefeld, sowie die Arbeiterinnen-Sekretärin Kappela, Grefeld. Kurz wies er auf die Bedeutung des Jubiläumstages hin. Der Redner hob die schwierige, aber erfolgreiche Arbeit der Gründer hervor. Nach einem Gelangsvortrag der Gesangsabteilung des laich. Arbeitervereins, unter Leitung des Herrn Konrektors Hoffmann, sprach Kol. Bolle-mann einen sinnvoll gehaltenen Prolog. Hiernach ergriff der Kollege Dörpinghaus in Vertretung des Kollegen Sahren-brach, Dülkendorf, das Wort zur Festrede. In tiefgründigen Ausführungen gab er ein Bild von der Entwicklung des Verbandes, von seinen Kämpfen und Sorgen, aber auch von seinen Erfolgen. Redner schilderte, wie ein Häuflein christlich überzeugter Arbeiter vor einem Vierteljahrhundert die Notwendigkeit des Verbandes erkannt hätten. Nur durch die Schaffung einer christlichen Gewerkschaft konnten die Belange und Wünsche eines großen Teiles der Arbeiterklasse vertreten werden. Hart und steinig war der Weg. Der Erfolg blieb jedoch nicht aus. Am Lausbeden der freien Gewerkschaften standen sozialistische Führer. Die freien Gewerkschaften wurden sozialistisch, rein materiell eingestellte Organisationen. Die christlichen Gewerkschaften bauten auf die Anerkennung der göttlichen Autorität ihre Arbeit auf. Stürme der Vergangenheit haben bis auf den heutigen Tag an dem großen Bau gerüttelt. Nichts haben sie vermocht. Innerlich gefestigt steht der Verband der zerrissenen sozialistischen Bewegung gegenüber. Mit einem Mahnruf an alle, dem Verband auch in Zukunft die Treue zu halten, schloß Redner die mit Beifall aufgenommenen Ausführungen. Kol. Penders sprach einen Prolog zur Ehrung der 19 Jubilare und überbrachte die Glückwünsche der Mitglieder. Ein vom Zentralvorstand gewidmetes, den Jubilaren überreichtes Diplom, drückte die Anerkennung für treues Aushalten aus. Bürgermeister Dr. Kärken beglückwünschte Ortsgruppe und Jubilare im Namen von Dülken Stadt und Land. Pfarrer Boll, der an der Gründung der christlichen Gewerkschaften als junger Kaplan regen Anteil genommen, überbrachte die Glückwünsche der Pfarrgemeinde und der Geistlichkeit. Kaplan Sassen, Präses des in schöner Blüte stehenden Arbeitervereins Dülken, wies auf die Zusammenarbeit zwischen Arbeiterverein und Gewerkschaften hin. Im Namen des Arbeitervereins gratulierte er Ortsgruppe und Jubilaren und verband damit den Wunsch, daß die gemeinsame Arbeit der Dülkener Arbeiterklasse zum Wohle gereichen möge. Kollege Kleinermanns verband es in seiner üblichen Art, die Waffenbrüderschaft zwischen Gewerkschaft und Konsumgenossenschaft hervorzuheben und überbrachte die Grüße der „Eintracht“, M. Gladbach. Nachdem noch die Kollegen Kappela, Grefeld, einige Worte der Begrüßung gesprochen, nahm der Kollege Schlunke, der sich in 23-jähriger Mitgliedschaft große Verdienste um das Wohl der Ortsgruppe und des Verbandes erworben hat, das Wort. Im Namen der Jubilare dankte er Ortsgruppe und Mitgliedern für die Ehrung des heutigen Tages. In kurzen, markanten Ausführungen gab er nochmals einen kurzen Überblick über die vergangenen 23 Jahre. Die Anwesenden forderte er auf, dem Verbands die Treue zu bewahren und als eifrige, opferstrenge Mitarbeiter stets zur Verfügung zu sein.

Musik- und Gelangsvorträge, Couplets, Reigen und Verlosung trugen zur Verlebendigung des Festes wesentlich bei. Mit einem stolzen Gefühl innerer Befriedigung über den guten Verlauf der Veranstaltung, sprach der 2. Vorsitzende, Carl Krings, allen den Dank für ihre treue Mitarbeit und ihre Anteilnahme aus. Die Jubilare bittend, die An-

wesenden auffordernd, treu zur hehren Sache der christlichen Gewerkschaftsbewegung zuzustehen, wurde die Festfeier gegen 10.30 Uhr geschlossen.

Düren. Aus der Geschichte unserer Tuchindustrie. In den Dürener „Heimat-Blättern“ veröffentlicht B. Schule-Kruppen einen interessanten Bericht über die Geschichte der Dürener Tuchindustrie seit dem Jahre 1814. Während es heute nur noch zwei Zuchfabriken gibt, wurden 1816 zehn Fabriken und außerdem fünf Spezialfabriken für wollene Decken gegährt. Als Markstein in der Geschichte der Dürener Tuchindustrie wird Leopold Schöeller bezeichnet. Nach Aufhebung der Kontinentalzölle gründete er in Amsterdam ein Engros-geschäft in Tuch und englischen Manufakturwaren, lehrte jedoch 1815 wieder nach Düren zurück, wo er mit seinem Bruder unter der Firma Friedrich und Leopold Schöeller die Fabrik der weltberühmt gewordenen Schöeller-Tuche gründete. Bald trennten sich die Brüder, und die Firma hieß nun Leopold Schöeller und Söhne. Friedrich Schöeller hatte die Zuchfabrik „Gerstenmühle“ erworben, die er 1842 mit seinem Schwiegerohn Richard Prym wieder in Betrieb setzte. Interessant ist es, zu hören, daß die größte Zuchfabrik (Firma Witwe Arnold Schöeller) 1816 bei einer Jahresproduktion von 8400 Stück Tuch 140 Arbeiter beschäftigte. Der Betrieb bestand aus einer durch Wasserrad getriebenen Spinnmaschine, Rauch- und Scheerenmaschine und 38 Webstühlen. Von den fünf bereits erwähnten Fabriken wollener und baumwollener Decken besaß nur eine einzige eine Spinnmaschine, die anderen begnügten sich mit Handspinnrädern. Die Decken konnten damals zollfrei nach Frankreich und Belgien ausgeführt werden. Bis 1825 fehlte dann das Nachrichtenmaterial. Um diese Zeit besaß Düren sieben Zuchfabriken, von denen die größte die Firma Johann Peter Schöeller mit einer Arbeiterzahl von 450-500 und einem Jahresumsatz von 200.000 Kalern war. Um diese Zeit war noch die Wasserkraft fast ausschließlich die einzige motorische Kraft. Im letzteren auszurüsten, mußte man die Betriebe noch auf die einzelnen Stellen verteilen. Erwähnenswert erscheint es, daß die gemeinsam von Johann Peter Schöeller und Ludwig Peill betriebene Fabrikmühle in Birkesdorf am 1. November 1816 unter den beiden Teilhabern verlost wurde. Peill wurde die Fabrik zugesprochen; er betrieb sie weiter unter der Firma Peill u. Comp. Die, wahrscheinlich nach Einführung der mechanischen Webstühle und der Dampfkraft, die übrigen Betriebe konzentrierte und weiter ausdehnte. Der heutige Name der Firma lautet Draemann-Peill. 1816 soll die Bevölkerung so verarmt gewesen sein, daß Knechte und Tagelöhner oft im

Unsere Bewegung im Urteil bedeutender Männer.

„Mögen die gerade in der gegenwärtigen Zeit für die innere Festigkeit unseres Vaterlandes so unentbehrlichen christlichen Gewerkschaften einig und geschlossen sein und sich auch weiterhin mächtig weiterentwickeln.“

Reichskanzler Dr. Marx.

„Wer den Ursprung und die Entwicklung der christlichen Gewerkschaftsbewegung im Lichte der modernen geistigen Strömungen und wirtschaftlichen Kämpfe kennt, der wird für die innere Berechtigung, für die überragende Bedeutung und für den gewaltigen Segen dieser Bewegung Verständnis haben. Glückauf für weitere Arbeit, Gottes Segen der christlichen Arbeit.“

Kardinal Dr. Schulte.

„Die Reichsregierung ist fest überzeugt, in den christlichen Gewerkschaften nach wie vor eine wertvolle Stütze für den Wiederaufbau unserer Wirtschaft und die Wiederherstellung eines starken und geselligen Staatswesens zu besitzen.“

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns.

„Hut ab vor diesen (den christlichen Gewerkschaften), die dies geschaffen, vor ihrer Energie und ihrem Weltblick. Sie haben die weitesten Volkskreise materiell gehoben, diszipliniert, ihren staatspolitischen Einsicht verschafft. Sie haben sich ein historisches Verdienst um das ganze deutsche Volk erworben.“

Oberbürgermeister Dr. Adenauer.

strengsten Winter nur einen leinenen Kittel hatten. Der Bauer trug den Tuchrock jahrelang. Heereslieferungen waren beschränkt, da die preussische Armeesüchre erst kurz vor dem Kriege von 1806 einfuhrte. Doch kam der Dürener Industrie ein flotter Abzug nach dem Auslande zugute. In den 80er Jahren des 19. Jahrhunderts war der Aufschwung der Dürener Tuchindustrie ein so gewaltiger, daß die vorhandenen Weber nicht ausreichten. Der einsetzende Sieg der Technik wurde ein Sieg des Kapitals, so daß gegen Ende der 60er Jahre des 19. Jahrhunderts nur noch vier Zuchfabriken bestanden (von denen nach etwa 20 Jahren noch die bedeutendste Firma Friedrich Schöeller u. Prym den Betrieb einstellte). Der amerikanische Markt stochte, und erst nach dem deutsch-französischen Kriege begann eine neue Geschäftsbelebung.

Schöeller. Jubelfeier unserer Ortsgruppe. Am Samstag, den 2. Mai, feierte unsere Ortsgruppe ihr 25-jähriges Bestehen, verbunden mit der Ehrung der Jubilare. Der Vorsitzende und Jubilar, Kollege Jaspers, eröffnete die Festversammlung mit einem herzlichen Willkommen an die Erschienenen. Als Gäste waren anwesend: Bürgermeister Marx, Herr Pfarrer Kupper, der Präses der Junglingskongregation, der Bezirksleiter Müller, Sekretariatsleiter Nöfemes und die Arbeiterinnensekretärin Kappela. Elf Jubilare zählte die Ortsgruppe in ihren Reihen. Den Klängen einer Kirchkapelle folgte ein Gelangsvortrag des Kirchenchores unter Leitung des Herrn Küsters. Ein gut vorgetragener Prolog, gesprochen von der Kollegin Gieseler, brachte den Sinn der Festversammlung zum Ausdruck. Nach einem Gelangsvortrage des Doppelquartetts Mozart, Dirigent Lehrer Hokers, und einem feingehörigen der Zurnabteilung des laich. Junglingsvereins, Portunier Palmen, ergriff der Kollege Müller das Wort zur Festrede. Unter anderem führte er aus: 1899 trafen in Mainz Vertreter sämtlicher christlichen Gewerkschaften zum ersten Kongress zusammen. Schlichte Arbeiter schlossen einen Bund, getragen von dem Gedanken, ihrem Stande und dem ganzen Volke zu dienen. Ziel und Richtung wurde der jungen Bewegung gegeben. Wege gezeichnet, sich zu entwickeln. 1924 sah Köln, die Metropole des Rheinlandes, Vertreter aus allen Berufen und Randestellen Deutschlands in der Messehalle versammelt, um der 25-jährigen Wiederkehr des Wiegengestes zu gedenken. Hohe weltliche und kirchliche Behörden sollten der christlichen Gewerkschaftsbewegung Dank für ihre Arbeit zum Wohle der Arbeiterklasse und des ganzen Volkes. Rückblickend sei der Bewegung ein Peter Kampf beschieden gewesen. Arbeitgeber und die schon bestehenden freien Gewerkschaften stellten sich der jungen Bewegung in Kampffront gegenüber. Durch Kampf zum Sieg.

Die Bewegung ist groß und stark geworden, die antisoziale Einstellung vieler Kreise des Unternehmertums der Gegenwart, die Wählerarbeit breiter Arbeiterkreise gegen die Gewerkschaften haben ihr Dasein nicht vernichten können. Stürmer nach jedem Sturm steht die christliche Gewerkschaftsbewegung innerlich gefestigt da. Für die Zukunft werden der christlichen Arbeiterschaft Kämpfe nicht erspart bleiben. Der alte Gründergeist und Opfermut wird die Jungen zu neuem Streben entflammen. Sie sind berufen, einstens das Erbe der Väter anzutreten und weiter auszubauen. Mit einem Dankeswort an die Jubilare, die Anwesenden aufzufordern, der Fahne der christlichen Gewerkschaftsbewegung treu und kampfbereit zu folgen, schloß er mit dem Dichterwort:

„Um laßt die Fahne freudig wallen,
Im scharfen Kampfe dieser Zeit.
Wir wollen siegen oder fallen,
Ein Zeigling, der entflieht dem Streit.“

Nunmehr erhielt der Sekretariatsleiter, Kollege Nöfemes, das Wort zur Ehrung der Jubilare. Mit Worten des Dankes für ihr treues Aushalten und Pflichterfüllung bis zum heutigen Tage überreichte er jedem Jubilar im Namen des Zentralvorstandes ein Diplom. Die Jubilare aufmunternd, auch weiterhin der Bewegung zu dienen, die Jungen ermahmend, den alten Kämpfern treu zur Seite zu stehen, nahm die Ehrung ihr Ende. Die Kollegin Kappela beglückwünschte im Namen der Arbeiterinnen des Kreisverbandes, weitere Glückwünsche überbrachten der Metallarbeiter- und Bauarbeiterverband, Ortsgruppe Schiefbahn. Bürgermeister Marx gratulierte im Namen der Gemeinde. Pfarrer Kupper im Namen der Pfarrgemeinde. Redner wies auf die große Bedeutung der Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaft und konfessionelle Arbeitervereine hin. Kollege Joseph Röntges II dankte im Namen der Jubilare für die Ehrung des heutigen Abends. Musik- und Gelangsvorträge, Theater und turnerische Vorführungen folgten für eine abwechslungsreiche Unterhaltung. Mit Worten des Dankes an alle Erschienenen und Mitwirkenden schloß der Vorsitzende die in allen Teilen gut verlaufene Festversammlung.

Verdrath. Eine zeitgemäße Veranstaltung. Unsere Ortsgruppe hatte am Sonntag, den 26. April, ihre Mitglieder und die Angehörigen der Gesellenen zu einer Denkfeier und Festversammlung eingeladen. Um der gesellenen Kollegen zu gedenken, hatte die Ortsgruppe eine Gedenktafel herstellen lassen. Zu unserer größten Freude konnte unser Ortsgruppenvorsitzender, Kollege Konrad Schläger, den Bezirksvorsitzenden, Kollegen Preis, den Bezirkssekretär Kollegen Jörissen und die Bezirkssekretärin Anna Herten beglücken. Weiter begrüßte er die Angehörigen der Gesellenen und sämtliche Anwesenden. Zu dankenswerter Weise hatte sich der Mandolinenklub „Edelweiß“ und die Gesangsabteilung des Arbeitervereins zur Verfügung gestellt. Nach einem Musikvortrag des Mandolinenklubs ergriff Kollege Preis das Wort zur Festrede. Anfangs seiner Rede gedachte er der gesellenen Kollegen, die auf dem Schlachtfelde ihr Leben für Heimat und Vaterland dahin gegeben hatten. Unterdessen wurde die Gedenktafel enthüllt.

Der zweite Teil war den Jubilaren gewidmet. Kollege Jörissen überreichte ihnen nach einer herzlichen Ansprache die von der Zentrale gestifteten Ehrenurkunden. Musik und Gelangsvorträge hielten die Mitglieder noch einige fehrstunde besaßen. Zum Schluß sprach Kollege Schläger allen Mitwirkenden seinen herzlichsten Dank aus. Wir trennten uns mit dem Gedanken, rastlos weiter zu arbeiten, damit unsere Ortsgruppe weiter wachse, blühe und gedeihe.

Briefkasten der Schriftleitung.

J. St. M. Gladbach. Warum sollte denn nicht eine Verbandszeitung auch einmal gegen die unsauberen Praktiken der Abzahlungsgehilfe zu Felde ziehen können? Wir brauchen ja nicht wie die meisten Tageszeitungen Rücksicht zu nehmen auf Firmen, die Anzeigen aufgeben. Sende uns, ohne noch weitere Umstände zu machen, Deinen Herzenserguß sofort ein.

K. Kl. Grefeld. Die Einladung zu Eurer Quartalsversammlung ist durch unsere Schuld nicht rechtzeitig genug weitergegeben worden. Entschuldige diese Unannehmlichkeit. Damit es aber nicht wieder vorkommt, ist es wohl zweckmäßig, wenn Du fortan die Versammlungsanzeigen direkt dem Drucker ablieferst. Warum sollen denn auch diese kleinen Notizen noch spazieren geführt werden?

W. N. Darnen. Du wolltest seiner Zeit alle regelmäßig stattfindenden Veranstaltungen Deiner Gruppe im Verbandskalender bekannt geben. Warum bist Du davon abgekommen? Würden alle größeren Gruppen den Kalender benutzen, so könnte das mir dazu beitragen, die Mitglieder allmählich auch an diese Form der Bekanntgabe wieder zu gewöhnen.

J. A. Dierken. Der neue Reichspräsident hat den Eid auf die republikanische Verfassung geleistet. Nach Artikel 3 der Verfassung sind die Reichsfarben Schwarz-rot-gold. Diese Farben sind auch die der Reichspräsidentenstandarte. Im übrigen empfiehlt es sich, den Flaggenstreit ruhen zu lassen. Wir haben Wichtiges und Besseres zu tun, als uns wegen der Farbenfrage die Köpfe einzuschlagen.

Adressenänderungen.

Sekretariatsbezirk Söbberich.
Karl Dörpinghaus, Söbberich (Rhld.), Webelinghoferstr. 62.
Sekretariatsbezirk Ebingen.
Josef Saile, Ebingen, Schützenstr. 18, Telefon 148, Postfachkonto Stuttgart 4100.

Arbeiter und Arbeiterinnen

für eine bedeutende Textilfirma in Ostdeutschland gesucht. Unterhunst wird besorgt. Fahrt wird vergütet.
Meldungen an Otto Maier, Oberlangensielau in Schlesien, Weichselstraße 50.

Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Frohe Botschaft. — Des Pfingstfestes Allgemeines. — Gedenkblätter zur deutschen Sozialreform. — 35 Jahre Gesamtverband evangelischer Arbeitervereine Deutschlands. — Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit im Verbandsgebiet. — Preisstreikerei der Textilindustriellen. — Fragen der Lohngefaltung. — Feuilletton: Arbeitsgemeinschaft deutscher Frauenberufsverbände. — Allgemeine Rundschau: Das Erholungsheim für Arbeiter und Angestellte. — Amerika und Deutschland. — Aus der Textilindustrie: Baumwollgarn-Ansuh nach Deutschland. — Internationaler Baumwoll-Kongress. — Zusammenkunft in der Textilindustrie. — Textilien in unserer Handelsbilanz. — Aus der russischen Textilindustrie. — Vohu- und Arbeitsstreitigkeiten. — Aus unserer Bewegung: Wohin führen wir unsere Mitglieder in der Beitragsfrage? — Berichte aus den Ortsgruppen: Dülken. — Düren. — Schiefbahn. — Widrath. — Briefkasten der Schriftleitung. — Adressenänderungen. — Inserat.

Für die Schriftleitung verantwortlich Gerhard Müller, Düsseldorf 100, Samenstraße 33.